

Konsequent gegen Menschenhandel und Prostitutionsverbot – für einen aufgeklärten Umgang mit Sexarbeit!

Resolution des Vorstandes der JUSO Kanton Zürich und der AG Gleichstellung zuhanden der nächsten Delegiertenversammlung der SP Schweiz

Aufgrund der alarmierenden Zahlen des Menschenhandels in Mitteleuropa werden derzeit über Ländergrenzen hinweg viele Stimmen laut, die Prostitution verbieten wollen. Auch im schweizerischen Nationalrat wurde von EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller ein Postulat eingereicht, das den Bundesrat zur Prüfung eines Verbotes verpflichten will. Fragwürdigerweise wird dieses Postulat von linken NationalrätInnen unterstützt

Das Verbot jeglicher Prostitution kann entgegen allen Schwüren der VerbotsbefürworterInnen die Frauen nur in prekäre Untergrundverhältnisse führen, wie betroffene Frauen in den letzten Wochen fast einstimmig festgehalten haben. Wir fordern die SP Schweiz dazu auf, das legale Prostitutionsgewerbe zu schützen und dahin abgrenzend Menschenhandel und damit erzwungene Prostitution konsequent zu verfolgen.

1. Keine moralisierenden Gesetze gegen den Berufstand der SexarbeiterInnen

SozialwissenschaftlerInnen, KriminalistInnen und Betroffene selbst unterscheiden scharf zwischen gewerblichen Tätigkeiten (z.B. Escort-Service, Call-Boy/Girl-Gewerbe, „Heimprostitution“) und der durch ZuhälterInnen und MenschenhändlerInnen erzwungenen Prostitution. Würde das legale Sexgewerbe verboten, um den Betroffenen vermeintlich zu helfen und eine vorschreibende Sexualmoral per Verbot zu erzwingen, widerspräche das der bisherigen Unterstützung der Anerkennungsversuche der SexarbeiterInnen, deren Streit um faire Arbeitsbedingungen und dem sozialistischen Freiheitskampf der ArbeiterInnenklasse.

2. Orientierung am Modell „Österreich“ statt „Schweden“

Die BefürworterInnen eines Prostitutionsverbots in ganz Europa berufen sich immer wieder auf das Beispiel Schweden, das 1999 den Kauf sexueller Dienstleistungen verboten hat und Freier mit Geldstrafen ahndet. Die meisten empirischen Befunde lassen jedoch keinen Zweifel daran, dass die Verhältnisse für Prostituierte mit Verboten nicht verbessert werden, sondern zusätzliche Gefahren mit sich bringen. Weiter ist es nachweislich so, dass verschleppte Frauen in westlichen Ländern kaum direkt ins legale Sexgewerbe gelangen. Für ZuhälterInnen und ihre Lakaien ist Menschenhandel nur solange rentabel wie eine illegale oder drangsalierte Prostitution Spielraum zur Ausbeutung der Frauen lässt. Um diesen Tatsachen am besten entgegenzukommen und den Übergang in legales Sexgewerbe zu ermöglichen, eignen sich Beispiele des „Modells Österreich“. Dort lässt das Gesetz Sexgewerbe zu, verpflichtet die Gewerbetreibenden aber unter strenger Aufsicht zur Einhaltung zahlreicher Pflichten (z.B. hohe Hygiene-Standards und regelmässige Untersuchungen, rundum medizinische Betreuung, Registrierungspflicht für alle Gewerbetreibenden und SexarbeiterInnen). So wird sichergestellt, dass das Sexgewerbe keinen Raum für erzwungene Prostitution lässt. Die SP Schweiz könnte dieses Modell durch den anstehenden Kampf für zahlreiche Rechte der SexarbeiterInnen (z.B. Zahlungseinklage) auf Gesetzesebene entscheidend ergänzen.

3. Keine gesetzlichen Hürden für verschleppte Frauen

Menschenrechtsverletzungen im Bereich der Zwangsprostitution müssen aktiv geahndet und bestraft werden. Für die Opfer von Menschenhandel braucht es ein umfassendes Opferschutzprogramm und ein bedingungsloses Aufenthaltsrecht, das nicht an die Aussagebereitschaft geknüpft ist.

Die Prozessführung gegen MenschenhändlerInnen und ZuhälterInnen könnte so um ein Vielfaches erleichtert werden. Die Entschädigung der Betroffenen durch die Täter muss gesetzlich ausreichend gewährleistet werden. In intensiver Zusammenarbeit mit Strassen- und SozialarbeiterInnen würde ein solches Schutzprogramm zu weitläufiger Kenntnis kommen und einen signifikanten Beitrag zur Bekämpfung dieser Verbrechen führen.

Forderungen

- Die SP Schweiz stellt sich hinter die Bestrebungen in der ganzen Schweiz, die Rechte der SexarbeiterInnen zu schützen und auszubauen! Zusätzlich soll eine solche Anpassung auf gesetzlicher Ebene gefordert werden, die die Opfer des Menschenhandels auch als ZeugInnen schützt und den Ausstieg aus erzwungener Prostitution vereinfacht.
- Die SP Schweiz nimmt entschieden Stellung gegen jegliche Pauschalverbotsideen!